

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Kolonelleze 1.55 Mk. — Die 7 gespaltene Kolonelleze mit Plagooberchrift 1.85 Mk. — Die 7 gespaltene Kolonelleze Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklamé-Kolonelleze 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Blutige Zusammenstöße in Frankfurt a. M.

Marokkaner feuern mit Maschinengewehren.

Frankfurt (Main), 8. April. (Z. U.) Gestern mittag gegen 1 1/2 Uhr kam es an der Hauptwache, wo die Marokkaner postiert waren, zu einem heftigen Zusammenstoß. Der marokkanische Oberbefehlshaber glaubte sich durch die große Menge, die sich angesammelt hatte, bedrängt und ließ ein Maschinengewehr aufstellen. Die Menge ließ andeuten, der Kommandant gab Befehl zum Feuern. 7 Personen blieben auf dem Platze, es waren meist Kinder, die verwundet wurden.

Frankfurt (Main), 8. April. (Z. U.) Außer bei der Hauptwache ist es auch auf dem Kaiserplatz zu Zusammenstößen mit den Franzosen gekommen. Nach der Meldung eines hiesigen Polizeibeamten sollen dort drei französische Soldaten niedergeschlagen und ein Offizier der Besatzungsarmee schwer verletzt worden sein. Die Zahl der Todesopfer an der Hauptwache soll nach neueren Meldungen 10 betragen. Die Zeitungen sind gestern noch nicht erschienen, werden aber vermutlich heute wieder französischer Zensur herauskommen. Der Polizeibeamte, der die Meldung machte, ist heute nach dem unbesetzten Deutschland wieder heim. Auch in Frankfurt dürfte gestern wieder telephoniert werden.

Frankfurt (Main), 8. April. (Z. U.) Nach Mitteilungen der Besatzungsbehörden sind bisher 6 Tote und 95 Verwundete zu verzeichnen. Einige französische Patrouillen mit Land-, Maschinengewehren und angeschlossenem Bajonetts durchsuchen die Straßen. Die Bevölkerung ist in dichten Massen auf der Straße und außer sich.

Belagerungszustand über Wiesbaden.

Frankfurt a. M., 8. April. Nach der Besetzung von Danau ist die französische Rheinflottille in Danau eingetroffen. Der größte Teil der französischen Truppen der Frankfurt besetzt haben, ist von Wiesbaden eingezogen. In Wiesbaden wurde am Mittwochabend, nachdem sich die dortigen Besatzungsgruppen gegen Frankfurt in Marsch gesetzt hatten, der Besatzungszustand verhängt. Die französischen Militärbehörden fordern gestern abend von dem Magistrat der Stadt Frankfurt zunächst für 200 Offiziere und Offiziersfamilien Quartiere, was darauf schließen läßt, daß sich die französische Besatzung auf längeres Verweilen in Frankfurt einrichtet.

Frankreich fordert erneut Räumung des Ruhrgebietes.

Paris, 7. April. Die Agence Havas meldet: Man weiß jetzt in ganz Deutschland, daß die Franzosen gesonnen sind, die letzten Währungsnoten zu ergreifen, wenn der Vertrag von Versailles nicht durchgesetzt wird. In Frankreich hat die Entschlossenheit, Mittelstands einmündige Währung auszugeben. Sollte der französische Senat die Vergewaltigung einer Sonderbestimmung des Vertrages gebilligt, dann hätte er damit auf sämtliche Garantien und Entschädigungen verzichtet. Am 9. April läßt der Vertrag vom 9. August 1919 ab, der Deutschland erlaubt, eine gewisse Truppenzahl in der neutralen Zone zu halten. Bis zu diesem Tage alle Währungsnoten deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. Mitterand hat Manner in seinem Schreiben vom Montag erklärt, daß die Ausführung auf das Schärffste überwacht werden wird.

Weiterer Vormarsch der Reichswehr im Ruhrrevier.

Vorstoß nördlich der Ruhr.

Berlin, 8. April. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Der Sonderberichterstatter der Freiheit meldet aus dem Ruhrgebiet: Der Arbeiterschaft des rheinischen Landes ist es bereits gelungen, die von der Front zurückfliehenden Truppen unter Aufsicht der Ordnung durch das bergische Land zu bringen. Nach Schätzung ist die Zahl der in das besetzte Gebiet übergetretenen Personen etwa drei bis viertausend. Nachrichten über Kämpfe in und um Essen wie überhaupt über die Kämpfe anlässlich der Einnahme der Städte im eigentlichen Ruhrgebiet werden wesentlich übertrieben. Besonders ist nirgends dem Vorrücken der Reichswehr ernsthafter Widerstand geleistet worden. Wenn wirklich die Reichswehr schwere Artillerie gebraucht hat, so nur, um sich den Widerstand zu verschaffen, als ob sie große Geldentante begehren hätte. Für die durch das Artilleriefeuern angerichteten Zerstörungen ist nur die Reichswehr verantwortlich.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist jetzt im eigentlichen Ruhrgebiet Ruhe und Ordnung vorhanden, besonders, da die besonnenen Elemente der Arbeiterschaft durchaus die Oberhand haben. Die Zurückführung der Reichswehr aus der neutralen Zone ist also leicht durchzuführen möglich. Wenn die Zurückführung der Reichswehr aber nicht erfolgt, so annehmbar, weil die Militär die Bildung der Ombudsleute in diesem Gebiet verhindern wollen und den Gedanken des Vormarsches in das bergische Land durchaus noch nicht aufgegeben haben.

Obwohl Werden südlich der Ruhr liegt, ist es von der Reichswehr besetzt, auch die Stadt Sersdorf ist von der Reichswehr besetzt.

lekt, obwohl sie ganz außerhalb des Gebietes liegt, das nach Angabe der Regierung von der Besetzung betroffen werden soll.

Das ist also ein offener Bruch der zugesagten Bedingungen für den Einmarsch der Reichswehr. Die antisowjetische Seite hat wieder außerordentlich großen Umfang angenommen. Die verbieten Verbündungen von Zeitungsredaktionen werden von Münster aus mit großem Nachdruck und anhaltend mit Unterstützung der Schwerindustrie betrieben. Die Nachrichten über Anwesenheit der Reichswehr häufen sich. Die Lage in Oagen hat sich besonders verschärft.

Dieser Vormarsch südlich der Ruhr ist ein Bruch der früheren Versprechungen, die die Regierung den erst den Arbeiterorganisationen gemacht hat. Ist die Regierung nicht in der Lage, ihren Militärs Vorschriften zu machen, oder richtiger, die Befolgung ihrer Vorschriften durchzusetzen.

Die Nachrichten über Gräueltaten der Reichswehr häufen sich. Ist die Regierung nicht in der Lage, eben der verheerenden, blutigen Soldateska Damm zu setzen? Sie ist es, wenn sie wirklich will — sie bräuhete nur die Vorschriften für die Ausschreitungen ihrer Untergebenen verantwortlich zu machen. Weshalb geschieht das nicht?

Die Gewerkschaftskommission und die U. S. V. haben folgende Erklärung abgegeben:
Die Aufstellung des Punktes 1 der auch von uns am 6. April aufgestellten Forderungen

„Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone“

ist rein aus Gründen der inneren Politik erfolgt. Er darf keineswegs so ausgelegt werden, als wollten wir damit die Besetzung von Frankfurt a. M. und andern Orten durch französische Truppen rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch die französischen Truppen ist eine von außen erfolgte gewaltsame Einmischung in unsere Angelegenheiten, die wir aufs schärfste verurteilen.

Verhandlungen zwischen Arbeiterorganisationen und Regierung.

Berlin, 8. April. Vom Gewerkschaftsbund geht der Vorwärts folgende Erklärung zu: Bei den gestrigen Verhandlungen der Vertreter der Arbeiterorganisationen mit der Reichsregierung ergab sich folgendes: Die Reichsregierung erklärt, daß die Truppen, wenn irgendmöglich, in den nächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrrevier zurückgezogen werden. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß der Vormarsch südlich der Ruhr nicht erfolgen darf. Die gleiche Anordnung hat Severing getroffen. Von der Regierung ist bereits angeordnet, daß die Zeitfreiwilligenformationen in Deutschland sofort aufgelöst werden sollen, bezügl. die Einwohnerwehren. Die Ortswehren sollen nach den von den Arbeiterorganisationen gemachten Vorschlägen eingerichtet werden. Bezügl. der Vorgänge in Wilhelmshaven, Altona usw. erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler, daß gegen die Entlassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schußgesetzes rechtlich nichts eingewendet werden könne weil keine Tatsachen beigebracht seien, die einen Haftbefehl rechtfertigen. Munitionslieferungen an konterrevolutionäre Truppen sind nicht halt. Sollten solche Lieferungen vorkommen, wird die strengste Bestrafung eingeleitet. Die Auffassung der Arbeitervertreter über die Reorganisation der Sicherheitswehr wird von der Reichsregierung geteilt. Es haben gestern auch in diesem Sinne Verhandlungen mit dem preussischen Ministerpräsidenten stattgefunden.

Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Schweiz und Aserbaidschan.

Nach dem Basler Vorwärts wird auf dem Berner politischen Departement gegenwärtig ernsthaft die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Aserbaidschan diskutiert. Man ist in der Schweiz entschlossen, eine Lösung zu suchen, ohne sich daran zu halten, was andere Regierungen in der Frage zu tun gedenken. Diese Auffassung wird ganz besonders in Industriekreisen begrüßt, die alles Interesse daran haben, daß der Verkehr mit Aserbaidschan aufgenommen werde.

Nach dem Basler Parteiblatt wird eine Vertretung der Sowjetregierung allerdings nur unter gewissen Vorbehalten zugelassen werden, vor allem unter der Bedingung, daß den Schweizern in Aserbaidschan das entscheidende Wort zurückgegeben wird und daß die Delegation alle Garantien bietet, in der Schweiz keine revolutionäre Propaganda zu betreiben.

So die Schweiz. Und Deutschland, die freieste aller Republiken...?

Neue Versprechungen.

Die Einwirkung der Arbeiterorganisationen auf die Regierung hat einen Erfolg zu verzeichnen. Die Regierung hat bei den Verhandlungen Zugeständnisse gemacht, deren wesentlichstes die schnelle Zurückziehung der Reichswehr aus der neutralen Zone, die Verhinderung des Vormarsches südlich der Ruhr, die Auflösung der Zeitfreiwilligenregimenten und der Einwohnerwehren, und die Bildung von Ortswehren gemäß den Forderungen der Arbeiterorganisationen sind. Damit hat die Regierung wesentliche Bestandteile der acht Punkte anerkannt, die seinerzeit von der kämpfenden Arbeiterschaft als Mindestforderungen vorgelegt wurden. Aber was liegt alles zwischen der Aufstellung dieser Forderungen und dem endlichen noch nicht einmal restlosen und nur durch den steten Druck der Arbeiterorganisationen erzwungenen Zugeständnis der Regierung? Der weiche Schrecken im Industriegebiet, die Besetzung der Frankfurter Zone durch französische Truppen und nun die strikte Forderung der Entente, die Einwohnerwehren aufzulösen und bis zum 9. April das Industriegebiet zu räumen.

Einer Regierung vom Schlage der Regierung Hermann Müller, die so arguente innere Zustände und eine so katastrophale außenpolitische Situation herbeigeführt hat, muß man mit dem besten Misstrauen entgegen treten. Diese Regierung ist auch den Vertrag von Münster eingegangen und hat in diesem Vertrag der Arbeiterschaft Zugeständnisse gemacht. Sie hat den Vertrag von Münster geschlossen. Sie kann nicht erwarten, daß die Arbeiterschaft bei ihr den guten Willen und die feste innere Entschlossenheit voraussetzt, die Zugeständnisse von gestern restlos zu verwirklichen. Wer sich der Treulosigkeit und des Vordrucks schuldig gemacht hat, darf sich nicht wundern, daß nach jedem Zugeständnis sofort der Ruf nach Garantien sich erhebt. Diese Forderung nach Garantien ist um so berechtigter, als die Ereignisse der letzten Tage gezeigt haben, daß in Wahrheit nicht das Kabinett den Gang der Politik in Deutschland bestimmt, daß vielmehr die Militärs auf eigene Faust handeln, und daß sie dabei der Zustimmung fast des gesamten Völkertums, und im gemeinsamen Sinne auch der bürgerlichen Teilhaber der Koalition sicher sein dürfen.

Versprechungen der Regierung sind keine Garantien. Die einzig wirkame und befriedigende Garantie, die heute diese Regierung geben kann, ist die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Mit welchen Mitteln wollte diese Regierung die Auflösung konterrevolutionärer Truppenformationen, die Abhebung von Militär-Offizieren erzwingen, wenn das Militär ernsthaften Widerstand leistet? Die Ereignisse im Westen lassen auf das deutlichste erkennen, daß jetzt schon das Militär auf die Anordnungen der Regierung pfeift. Gestern hat die Regierung die Zusicherung gegeben, daß kein Vormarsch südlich der Ruhr erfolgen solle, aber gestern bereits sind die Reichswehrtruppen südlich der Ruhr erschienen. Bewaffnung der Arbeiterschaft — das ist deshalb die Forderung, die mit allem Nachdruck erhoben werden muß. In dieser Regierung freilich ist auf Wohlwollen für diese Forderung nicht zu rechnen. Die Taten des bisherigen Reichswehrministers sprechen zu deutlich, als daß solche Neben- und wertvolle Zusicherungen die Tatsache verdunkeln könnten, daß gegenüber der Arbeiterschaft die Demokraten von heute nicht minder reaktionär sind als ihre bürgerlichen Klassenangehörigen der Reichsparteien. Das Geschick der Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen ist ihnen gleichgültig. Sie sehen die Situation durchaus unter dem Gesichtspunkte der Prestigepolitik. Die aus dem Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse geborenen Forderungen der Arbeiterorganisationen sind für sie eine Unterfütterung des französischen Militarismus. In dieser Auffassung begannen sich Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt, Arnsperg und Deutsche Zeitung. Am Abend, wo die Koalitionsregierung unter dem Druck der Arbeiterorganisationen die schnelle Räumung der neutralen Zone zulaut, wo man als sicher annehmen muß, daß weitere französische Repressivmaßnahmen erfolgen werden, wenn bis zum 9. April die Räumung nicht erfolgt sein wird, schreibt Theodor Wolff im Berliner Tageblatt:

Wir sind der Meinung, daß unter den gegenwärtigen Umständen, unter dem Druck, den die Gewaltthätigkeit des französischen Militarismus ausüben möchte, das Ruhrgebiet nicht einen Tag früher als vorgelesen war und als die Lage es gestattet, geräumt werden darf.

Das ist eine unverantwortliche Katastrophpolitik, nach innen wie nach außen, wie sie von alldeutsch-reaktionärer Seite nicht kühner betrieben werden kann. Das kennzeichnet aber auch die Si-